

KOMMENTAR



Politik killt Jobs

MARIANNE MATHIS
marianne.mathis@vn.vol.at

In zehn Jahren wird Sonnenstrom günstiger sein als konventionell erzeugter. Dies prognostiziert die renommierte, auf nachhaltige Geldanlage spezialisierte Schweizer Bank Sarasin. Allerdings müssen die Rahmenbedingungen wegweisend sein. In Deutschland erlebt die Solarindustrie einen wahren Höhenflug. Die Solarzellenproduktion hat innerhalb eines Jahres um 44 Prozent zugenommen. Ab 2020 wird die Photovoltaik keine Kosten für die Treibhausgasvermeidung mehr verursachen. Die Solarbranche zählt zu den stärksten Job-Motoren.

Österreichs Bundespolitik ist in Geisterfahrer-Manier unterwegs. Kleinere Anlagenbetreiber werden zusperrt, müssen, Hersteller und Händler machen im Ausland ihr Geschäft. Seit Jahren wird nicht einmal mehr der Topf für die Investitionsförderung ausgeschöpft. Unsicherheit, unlesbare, intransparente Gesetze und Verordnungen, Kniefälle vor der Industrie auf Kosten der Haushalte werden als Bretter vor die Sonne genagelt. Im Entwurf für ein neues Ökostromgesetz steht zum Beispiel, dass Solarstrom aus Biomasse zum Erhalt der Einspeisetarife über die gesamte Laufzeit Lieferverträge für die Rohstoffbeschaffung nachweisen müssen. Wer wird einen solchen Vertrag wohl unterzeichnen?

Was fehlt, ist ein klares Energiekonzept des Bundes. Unter den Sozialpartnern wird vorwiegend über Geld geredet. Nun denn: Die derzeitige erhöhte Einspeisevergütung für Ökostrom kostet jeden Haushalt im Durchschnitt 30 bis 40 Euro pro Jahr. Das Heizen mit Öl und Gas erhöhte die Ausgaben im gleichen Zeitraum um 700 Euro.

Weiter Clinch um SP-Jugend

Bregenz (VN) LH Herbert Sausgruber solle in Sachen Jugendförderung ein Machtwort sprechen, forderte gestern SJ-Landesvorsitzender Lukas Riepler. Immerhin habe sich der Landeshauptmann vor Kurzem für eine Förderung der roten Jugend ausgesprochen, seit der betreffenden Sitzung des Beirates allerdings geschwiegen.



SP-Geschäftsführer Franz Lutz.

Lutz mit Kritik an Hämmerle

Schwarzach (VN) AK-Präsident Hubert Hämmerle gebärde sich in Sachen Hacklerregelung als „rutschschwinger ÖVP-Krampus“, verlasse dabei aber den Pfad der Wahrheit, ärgerte sich gestern SP-Geschäftsführer Franz Lutz: „Denn Minister Buchinger und AK-Vizepräsidentin Auer haben die Verlängerung schon gefordert, als Hämmerle innerhalb der ÖVP noch kräftig daran nagte.“

Handwerk: FP gegen Bund

Schwarzach (VN) In Sachen grenzüberschreitendes Handwerk übte Freiheitlichen-Klubobmann Fritz Amann einmal mehr schwere Kritik an den Nationalräten Schwarz (VP) und Mayer (SP). Ein Antrag der Freiheitlichen sei vor zwei Monaten vertagt worden, nun hätten Rot und Schwarz denselben Antrag präsentiert: „Das ist eine Abschreibübung.“



Grüne widmen Aktuelle Stunde dem Thema Pflege

Schwarzach (VN-ad) Die Grünen werden die Aktuelle Stunde diesen Mittwoch im Landtag dem Thema Pflege und Betreuung widmen. Das Thema werde in Vorarlberg von der falschen Seite her angegangen, kritisierte Grünen-Chef Johannes Rauch gestern: „Die Diskussionen der letzten Wochen waren geprägt durch Schuldzuweisungen zwischen Schwarz und Rot, zwischen Land und Bund.“ Leidtragende seien dabei Betroffene und deren Angehörige, „die ab Jänner 2008 nicht wissen, wie sie ihre individuellen Pflege- und Betreuungssituationen bewältigen können.“



Krampuslauf

Zum ersten Mal fand gestern der Klosteraler Krampuslauf in Klösterle am Arlberg statt. Nach Einbruch der Dunkelheit zogen die wild maskierten Protagonisten des 1. Kloser und Muntafuner Krampusvereins sowie der in Tirol ansässigen Flirscher Teufel durch das Dorf – begleitet von zahlreichen begeisterten Schaulustigen aus der Umgebung.

(Foto: VN/Hofmeister)

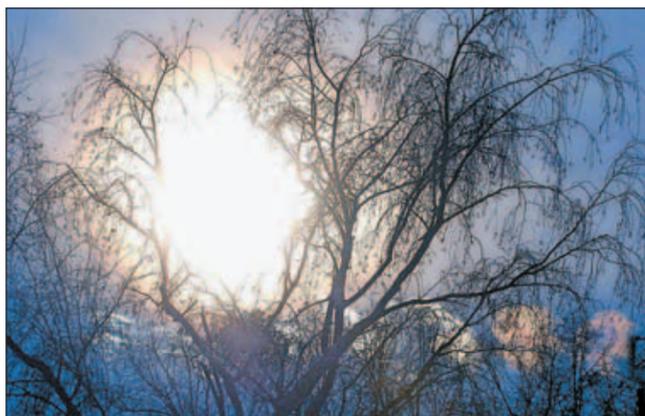
„Das ist der absolute Horror“

Ökostromregelung zementiert Stillstand – LR Schwärzler sucht Allianz der Länder.

MARIANNE MATHIS
marianne.mathis@vn.vol.at

Schwarzach (VN) Die kommende Ökostrom-Verordnung und ein neues Bundesgesetz dazu treibt in Vorarlberg Regierung, Energieexperten und Anlagenbetreiber auf die Barrikaden. Der seit Längerem herrschende Stillstand beim Sonnenstrom werde endgültig zementiert.

Die Verordnung, die Wirtschaftsminister Bartenstein noch im Dezember erlassen muss – weil die alte ausläuft –, sieht „in allen Segmenten in unterschiedlichem Ausmaß eine Kürzung der Einspeisetarife vor“, kritisiert DI Dr. Adi Groß, Leiter des Energieinstituts. Für die Einspeisung von Sonnenstrom soll es statt bisher 46 nur noch 44 Cent pro kWh geben. Bei größeren Anlagen viel weniger. „Die Indus-



Kommende Ökostrom-Verordnung des Bundes ärgert Vorarlberger Experten: „Stillstand bei Sonnenstrom wird endgültig zementiert.“

(Foto: apa)

trie hat einen Kostendeckel bekommen. Damit werden 20 Millionen Euro auf die Kleinkunden umgelegt.“

Gegen den Klimaschutz

Landesrat Erich Schwärzler ist empört über die Verordnung, die bis 2010 gelten soll. Es entstehe der Eindruck, dass es keine Absicht einer Gesetzesnovelle gibt. „Beim großen Klimaschutzgipfel der

Bundesregierung im Frühjahr wurde beschlossen, das Ökostromgesetz zu verbessern. Was nun geschieht, läuft in die entgegengesetzte Richtung. Im Regierungsprogramm ist festgeschrieben, dass bis 2020 der Anteil an erneuerbaren Energiequellen an der Stromversorgung 85 Prozent betragen muss, bis 2010 rund 80 Prozent.“ Österreich liege derzeit bei 65 Prozent, weil

Prüfer loben Suchtkrankenhilfe

Landesrechnungshof prüfte Sozialfonds mit Schwerpunkt Suchtkrankenhilfe.

Schwarzach (VN-ad) Der Landes-Rechnungshof stellt der Suchtkrankenhilfe des Landes insgesamt ein gutes Zeugnis aus. „Vorarlberg verfügt über ein gut ausgebautes Netzwerk an Drogenhilfseinrichtungen“, sagte Direktor Herbert Schmalhardt bei der Präsentation seines Prüfberichts „Sozialfonds mit Schwerpunkt Suchtkrankenhilfe“. Die einzelnen Einrich-

tungen leisten laut RH „engagierte Arbeit“, künftig müsse man aber „auch auf bisher nicht erreichte Zielgruppen, etwa Migranten, eingehen“. Dazu soll die derzeitige Struktur der Angebote von einem neutralen Experten beurteilt werden. Schmalhardt übte auch Kritik: „Angebote mit tagestrukturiertem Charakter für drogenkranke Menschen fehlen weitgehend.“ Derartige Beschäftigungsmöglichkeiten seien verstärkt anzubieten; beziehungsweise sei zu prüfen, „inwieweit für diesen Zweck das bestehende Angebot anderer Einrichtungen

genutzt werden kann“. „Nicht zufriedenstellend“ seien die langen Wartezeiten auf einen Platz in einer stationären Entzugseinrichtung. Im Ländle gibt es etwa 1300 Personen mit problematischem Drogenkonsum. 2006 betragen die Ausgaben für die Bekämpfung von Suchtkrankheiten 5,2 Millionen Euro. Für die ambulante Betreuung von Drogenpatienten wurden dabei 1,7 Millionen aufgewendet, für die Präventionsarbeit 650.000 Euro.

mehrwissen.vol.at
• Sozialfonds – Suchtkrankenhilfe. Der aktuelle Prüfbericht des Landesrechnungshofes.



Landesrechnungshof-Direktor Herbert Schmalhardt.

(Foto: VN/Hartinger)

Klimaschutz in die Landesverfassung

Änderung der Landesverfassung. Gemeinsamer Antrag aller Landtagsparteien.

Schwarzach (VN-ad) Klimaschutz soll als Ziel und Grundsatz staatlichen Handelns in die Vorarlberger Landesverfassung aufgenommen werden. Das erklärten am Wochenende die Klubchefs der vier Landtagsparteien. Laut einem gemeinsamen Antrag soll die Landesverfassung demnach um folgende Formulierung bereichert werden: „Das Land bekennt sich zum Klimaschutz. Zu diesem Zweck fördert das Land Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sowie die nachhaltige Nutzung erneuer-



Klimaschutz wird in der Verfassung festgeschrieben – und, mit Blickrichtung Schweiz, auch ein klares Bekenntnis gegen Atomkraft.

(Foto: VN/Hartinger)

erbarer Energien, den Betrieb von Atomanlagen lehnt es hingegen ab.“

Petition als Auslöser

Anlass für diese Änderung war eine Petition, die von Umweltschützern rund um Hildegard Breiner und Andreas Postner eingebracht und im

Rechtsausschuss des Landtages behandelt worden war. „Alle Fraktionen haben sich darauf verständigt, dieses Anliegen aufzugreifen“, sagte VP-Klubchef Rainer Gögele stellvertretend für seine Kollegen – und sprach von einem „Signal zur richtigen Zeit“. Postner und Breiner sprachen

von einem „Meilenstein für den Klimaschutz“. Vorarlberg sei das erste Land, das dem Klimaschutz in der Verfassung eine besondere Bedeutung zumesse und gleichzeitig der Atomenergie eine Absage erteile. Einstimmig festgehalten wurde auch: „Anzustreben ist eine nachhaltige Energieversorgung. Auch die Energiegewinnung aus erneuerbaren Energieträgern soll nur auf nachhaltige Weise erfolgen.“

Nachhaltigkeit sei nur dann gewährleistet, wenn „nicht allein umweltbezogene, sondern gleichzeitig auch soziale und wirtschaftliche Ziele erreicht werden können“.

mehrwissen.vol.at
• Klimaschutz. Antrag auf Änderung der Vorarlberger Landesverfassung.